Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Nrn. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574. Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingesandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 199 | Sonnabend, 27. August | 1921

Militärische Auszeichnungen.

(S.) Bei den Militärbehörden in Sachsen laufen fortgesetzt und in großer Zahl Gesuche um die Verleihung von sächsischen Kriegsauszeichnungen, militärischen Dienstauszeichnungen, Rangerhöhungen und Uniformverleihungen ein. Wie sich aus dem Folgenden ergibt, haben diese Gesuche, von den anzuführenden ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, keinerlei Aussicht auf Berücksichtigung.

Sächsische Kriegsauszeichnungen werden gegenwärtig nur noch ausnahmsweise aus Kriegsgefangenschaft oder feindlicher Internierung zurückkehrenden ehemaligen sächsischen Heeresangehörigen zugebilligt. Alle übrigen Ordensanträge und -vorschläge müssen unberücksichtigt bleiben, also auch die große Zahl der zur Zeit der Novemberumwälzung 1918 bereits vorliegenden, aber damals noch nicht erledigten.

Dienstauszeichnungen (z. B. die Landwehrdienstauszeichnung u. ä.) können, wenn die übrigen Vorbedingungen erfüllt sind, nur solchen Antragstellern verliehen werden, deren Gesuche bis zum 1. März 1920, und wenn sie kriegsgefangen waren, bis zum 1. Februar 1921 oder binnen 3 Monaten nach ihrer Rückkehr eingereicht worden sind.

Militärische Rangerhöhungen und Uniformverleihungen an ehemalige Heeresangehörige kommen, bei Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen, nur dann in Frage, wenn die Gesuche bis zum 20. Dezember 1920 eingereicht worden waren.

Der Reichskommissar für den Wiederaufbau.

Berlin, 25. August. Kommerzienrat Dr. Guggenheimer hat das auf wiederholten Wunsch des Reichskabinetts im Mai dieses Jahres übernommene Amt des Reichskommissars zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten niedergelegt. Dr. Guggenheimer weilt augenblicklich aus Anlaß der Ministerzusammenkunft in Wiesbaden. An seiner Stelle hat der Reichspräsident den Oberpräsidenten a. D. v. Batsch zum Reichskommissar ehrenamtlich ernannt.

Der Mord an Major Montalègre.

Tarnowitz, 25. August. Vor einem besonderen Gerichtshof des außerordentlichen Schiedsgerichts der Interalliierten Kommission fand heute die Verhandlung gegen den Grubenarbeiter Leo Knicke aus der Gegend von Beuthen statt, der angeklagt wird, in Beuthen am 4. Juli d. J. den französischen Major Montalègre ermordet zu haben. Am Schlusse der Verhandlung wurde die Vernahme einer sofortigen Leichenschau durch zwei ärztliche sachverständige Ärzte unter Hinzuziehung eines deutschen Gerichtsarztes beschlossen zwecks Feststellung des Kalibers und der Art des tödlichen Schusses sowie der Entfernung, aus der er abgegeben worden war.

Amerikas Frieden mit Oesterreich.

Wien, 25. August. Die Ratifizierung des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich durch den Kongreß in Washington dürfte in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden. Sobald die Ratifizierung durch den Nationalrat erfolgt ist, wird die Ernennung des offiziellen Gesandten Amerikas in Wien erfolgen. Für diesen Posten ist Mr. Arthur Hugh Frazier in Aussicht genommen. Aus Paris sind heute über den Fortgang der Kreditverhandlungen des Finanzministers Dr. Grimm keine sachlichen Meldungen eingetroffen. An hiesiger unterrichteter Stelle verweist man darauf, daß sich nunmehr nach Abschluß des Friedens mit Amerika einflußreiche amerikanische Finanzkreise für den Wiederaufbau Österreichs interessieren und mit der Regierung in Verhandlungen wegen Gewährung von Krediten eingetreten sind.

Die Kämpfe in Marokko.

Paris, 25. August. Wie „Havas" aus Madrid meldet, wird offiziell bekanntgegeben, daß an den heftigen Kämpfen in Marokko 10000 Infanteristen, 13 Batterien, zahlreiche Flugzeuge, Kavallerie und Hilfstruppen teilnahmen. Die Feinde, die 6000 bis 8000 Mann stark waren, hätten schwere Verluste erlitten.

Die Finanzlage Deutschlands.

Keynes und der „Temps".

Genf, 25. August. Der „Temps" kommt nochmals auf die Ausführungen des englischen Volkswirtschaftlers Keynes, besonders auf die Finanzlage Deutschlands, zu sprechen, die ihm als sehr gefährdet erscheint. Es wäre zwecklos, die furchtbaren Schwierigkeiten zu leugnen, in denen sich Deutschland gegenwärtig befindet, um zu erkennen, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern könne. Hr. Keynes müsse wegen seines Alarmrufes nicht getadelt werden, sondern seine Warnung müsse vielmehr zu praktischen Folgerungen Veranlassung geben. Damit kommt dann der „Temps" auf die tiefere Ursache seines Artikels zu sprechen, durch die er plötzlich zu einem Anhänger Keynes' wird: es soll nämlich mit den Finanzschwierigkeiten Deutschlands abermals die Notwendigkeit bewiesen werden, daß die Verbandsmächte die deutschen Zahlungen in einem gemeinsamen Fonds zusammenlegen und die Ergebnisse der Finanzkonferenz vom 13. August in diesem Sinne revidieren. Ein solcher Fonds sollte nach Meinung des „Temps" den Schuldendienst der deutschen Bons sichern für den Fall, daß Deutschland im nächsten Jahre seine Zahlungen einstellen sollte, und er würde überdies den Kurs der Mark stabilisieren helfen. Als Anlage für den Fonds müßte vor allem die Milliarde betrachtet werden, die Deutschland gegenwärtig zu zahlen im Begriffe sei.

Die elementarste Vorsicht, schreibt das Blatt an die Adresse Englands, ja sogar die elementarste Anständigkeit erfordert, daß diese Summe, welche die letzte oder vorletzte ist, die Deutschland vor der großen Krise des nächsten Jahres zahlen kann, nicht von zwei Gläubigern allein in Anspruch genommen wird. Wenn man den Einwand erheben sollte, daß nach dem Abkommen von Spa auch die Gruben des Saargebiets für die Bildung eines Reservefonds in Frage kommen, würde Frankreich antworten, daß dann unter entsprechender Änderung des Vertrages von Versailles auch der volle Wert der deutschen Kolonien und der Staatsgüter herangezogen werden müßte.

Der Loucheur-Rathenausche Plan.

Paris, 25. August. Wie der „Temps" bestätigt, werden die Konferenzen Loucheur mit Rathenau, die auf etwa zwei Tage berechnet sind, zum Hauptgegenstand die Frage der deutschen Naturallieferungen haben. Daneben wird man über Pauschalzahlungen in der Rückerstattungsfrage beraten. Wie der „Intransigeant" mitteilt, handle es sich bei dem Übereinkommen Loucheur-Rathenau in der Hauptsache um die Schaffung einer französischen Organisation, welche die Bedürfnisse aller Geschädigten zentralisieren soll, und die Hand in Hand mit einer deutschen Körperschaft arbeitet, der die Verteilung der Aufträge an die deutschen Lieferanten obliegt. Die französischen Geschädigten zahlen die ihnen gemachten Lieferungen mit den ihnen gezahlten Entschädigungsgeldern an die französische Organisation, die sie Deutschland gutschreibt. Die im vorstehenden umschriebenen Pläne sind der Wiedergutmachungskommission unterbreitet worden, die ihren Finanz- und ihren Sachleistungsausschuß mit der Ausarbeitung von Berichten beauftragt hat. Die beiden Berichte werden dann in einer Vollsitzung des Wiedergutmachungsausschusses zur Beratung kommen. Nach dem Blatte ist es wahrscheinlich, daß das Arrangement gutgeheißen werden wird. Somit könne man erwarten, so führt der „Intransigeant" weiter aus, daß das Einvernehmen Loucheur-Rathenau bis Ende September seine endgültige Gestalt erhalten haben wird. Für die kriegsverwüsteten Gegenden wäre das ein großer Vorteil, weil ihnen dadurch gestattet würde, im Laufe des nächsten Winters die Aufstellungen vorzubereiten und dann bei Beginn des Frühlings in jeder Gemeinde mit dem gelieferten Material den Aufbau zu beginnen. Unter diesen Bedingungen könne das Jahr 1922 die kriegsverwüsteten Gebiete zu den größten Hoffnungen berechtigen.

Paris, 26. August. Nach einer Meldung des „Matin" aus London glaubt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" zu wissen, daß Loucheur die Absicht habe, nach Beendigung der Wiesbadener Besprechungen nach England zu reisen, um mit der englischen Regierung die Beschlüsse der Pariser Finanzkonferenz durchzusprechen.

Der Aufstand in Südindien.

London, 25. August. Berichten aus dem südindischen Aufstandsgebiet zufolge hat sich die Lage verschlimmert. Man schätzt, daß bereits über 1000 Menschen in dem von der Aufstandsbewegung betroffenen Gebiete, das 2000 bis 3000 Quadratmeilen umfaßt, ums Leben gekommen sind. Männer, Frauen und Kinder wurden ermordet. Die Moplahs rücken plündernd und sengend gegen Kalikut vor. Aus den Städten kommen Hilferufe. Verteidigungsstreitkräfte sind abgegangen. Es kam bereits zu Zusammenstößen zwischen Moplahs und den Truppen, wobei 700 bis 800 Moplahs getötet wurden.

London, 26. August. „Daily Chronicle" erklärt in einem Leitaufsatz über den Teilaufstand in Indien: Die Lage gebe zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Die Zusammenziehung einer großen Truppenmacht sei notwendig, um die Bevölkerung zu schützen und die Ordnung wiederherzustellen.

Dacunha und die Berichterstattung in der oberschlesischen Frage.

Paris, 25. August. Der „Temps" veröffentlicht eine Mitteilung der Agencia Americana, in welcher der brasilianische Botschafter in Paris Dacunha die Nachricht in Abrede stellt, daß er das Amt des Berichterstatters in der oberschlesischen Frage abgelehnt habe. Dacunha erklärt, daß er soeben von Royat komme, daß er länger als einen Monat weder mittelbar noch unmittelbar in Verbindung mit dem Grafen Ishii gestanden habe und wegen des Berichtes über Oberschlesien nicht befragt worden sei.

Die irische Frage.

London, 25. August. Die irische Antwort auf das britische Angebot zur Lösung der irischen Frage ist heute nachmittag in Downingstreet überreicht worden. Man erwartet, daß das Kabinett heute abend über die Antwort beraten werde.

London, 26. August. „Daily Chronicle" zufolge ist die gestern überreichte Antwort der Sinnfeiner auf das Angebot der britischen Regierung nicht befriedigend. Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz Lloyd Georges eine zweistündige Kabinettssitzung statt, um die Antwort der Sinnfeiner zu erörtern. Das Kabinett tritt heute wieder zusammen, um über die Antwort weiter zu beraten, die den Sinnfeinern gegeben werden soll. Dem „Daily Chronicle" zufolge verwirft de Valera das Angebot der britischen Regierung, wünscht aber, daß die Verhandlungen weitergeführt werden.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Paris, 25. August. Eine Nachricht aus kemalistischer Quelle bestätigt die griechische Schlappe. Nach einer fünftägigen Schlacht waren die Griechen gezwungen, vor dem kemalistischen Widerstande zurückzuweichen.

Paris, 26. August. Nach einer Havasmeldung bestätigen Nachrichten aus Kleinasien den türkischen Sieg bei Sakaria. Die in der Richtung Angora vorrückenden Truppen der Griechen seien gezwungen worden, sich auf 120 km von Angora zurückzuziehen. Hier eintreffende Meldungen erklären das Gerücht, daß die Nationalversammlung von Angora aufgelöst worden sei, für unrichtig.

Die Wilnaer Frage.

Stockholm, 25. August. Wie „Sozialdemokraten" erfährt, dürfte Sir Robert Cecil zum Berichterstatter des Völkerbundes in der Wilnaer Frage ausersehen werden.

Frieden mit Amerika.

Wenn sich das Sprichwort, daß, was lange währt, gut wird, auch in diesem Falle bewahrheitet, dann müßte man hoffen dürfen, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen von dem Augenblick an, wo der Kriegszustand zwischen den beiden Staaten als beendet gelten kann, einer verheißungsvollen Zukunft entgegen gehen. Zweiundeinhalb Jahre sind seit der Einstellung der Feindseligkeiten vergangen, bevor die innerpolitischen Schwierigkeiten in Amerika für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aus dem Wege geräumt wurden. Die Resolution des Senators Knox, um die Monate lang zwischen dem Weißen Hause und dem Kongreß verhandelt wurde, mußte schließlich einer oder mehreren Modifikationen weichen, bis endlich in der „Peace-Resolution" der Senatoren Knox und Porter vom 2. Juli d. J. die Formel gefunden wurde, die den Weg für direkte Verhandlungen mit dem Berliner Kabinett freimachte.

Allerdings legt man in amerikanischen Kreisen Wert darauf, zu betonen, daß es sich bei dem jetzt zustande gekommenen Vertragsinstrument noch nicht um die endgültige Regelung der deutsch-amerikanischen Beziehungen handelt, als vielmehr um einen vorläufigen Friedensvertrag, dem bald ein Freundschafts- und Handelsvertrag folgen werde. Auf diese Weise wird die Öffentlichkeit bereits darauf vorbereitet, daß es sich bei dem jetzt vorliegenden Dokument mehr um die tatsächliche Beendigung des Kriegszustandes, als um Abmachungen für eine gerechte Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen handelt. Die Vorteile liegen also einstweilen vorwiegend auf amerikanischer Seite, und wenn für die deutschen Interessen noch das eine oder andere gebessert werden kann, so bleibt dies den kommenden Handelsvertragsverhandlungen vorbehalten. Immerhin soll nicht verkannt werden, daß gerade die für unsere Ehre und Würde so demütigenden Bestimmungen des Versailler Vertrages aus dem deutsch-amerikanischen Friedensinstrument herausgeblieben sind. Da ist nicht mehr von deutscher Verantwortung am Kriege die Rede. Es ist ein Friedensvertrag zwischen Sieger und Besiegtem sans phrase. Läßt also materiell der Vertrag von unserem Standpunkt aus mancherlei zu wünschen übrig, so werden wir ihn doch williger hinnehmen, als wenn er uns, wie der Versailler Vertrag, wie eine moralische Züchtigung verabreicht würde.

Alles wird nun von der Zukunft abhängen. Über die Stimmung der Amerikaner gegenüber Deutschland ist man bei uns leider auch heute noch sehr im Irrtum. Mag die Propaganda unserer Feinde daran schuld sein, daß wir unsere Sympathien in der Union verloren haben oder nicht, das bleibe dahingestellt; Tatsache ist jedenfalls, daß wir auf ein besseres Verständnis für unsere Lage während des Krieges erst ganz langsam hoffen dürfen. Die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs ist jedenfalls bei einem so nüchternem Volke, wie es die Amerikaner sind, das beste Mittel, um in der Zukunft alle Schatten, die auf das einst so erfreuliche Verhältnis zwischen den beiden Ländern unter dem Zwange der Verhältnisse gefallen sind, zu zerstreuen. Am guten Willen Deutschlands wird es jedenfalls nicht fehlen, um so weniger als man bei uns nicht im geringsten die hohe moralische Bedeutung verkennt, die der nunmehr geschlossene Frieden zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika besitzt.

•

Der Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika in der Erwägung, daß die Vereinigten Staaten gemeinschaftlich mit ihren Mitkriegführenden am 11. November 1918 einen Waffenstillstand mit Deutschland vereinbart haben, damit ein Friedensvertrag abgeschlossen werden könne; in der Erwägung, daß der Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde und gemäß den Bestimmungen des Artikels 440 in Kraft getreten, aber von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist; in der Erwägung, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten einen gemeinsamen Beschluß gefaßt hat, der von dem Präsidenten am 2. Juli 1921 genehmigt worden ist (hier folgt ein längerer Auszug aus der Friedensresolution des Kongresses der Ver-